

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau beiderseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,80, für Selbstabholer 1,70 Mk. — Durch die Post bezogen 1,80 Mk. ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachsl. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. auswärts: die 10gep. Kolonelle 40 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Reichstagswahlen am 31. Juli

Der neue Reichsarbeitsminister ein früherer Direktor Krupps — Verhandlungen des Herrn von Papen über die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts in Preußen — Otto Braun beurlaubt

Warum der späte Wahltermin?

ENA Berlin, 6. Juni. Der Reichspräsident hat heute abend eine Verordnung unterzeichnet, durch die als Termin der Reichstagswahlen der 31. Juli festgelegt wird.

Wenn die Reichsregierung entgegen ihren anfänglichen Absichten den spätest zulässigen Termin für die Neuwahlen gewählt hat, so hat das seine bestimmten Gründe. Die Herren sind sich ihrer Sache, eine sichere Mehrheit ohne Zentrum zu schaffen, so wenig sicher, daß sie neuerdings auch die Splittergruppen der Mitte, wie das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, in ihre Rechnung einschalten. Ihnen soll durch die Hinausschiebung der Wahl bis zum 31. Juli die Möglichkeit gegeben werden, sich nach einer zu erstrebenden Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen agitatorisch noch genügend auswirken zu können. Als Preis für dieses Zugeständnis haben sie sich für den Fall, daß sie im neuen Reichstag Mandate erlangen, von vornherein an die Regierung der Hitler-Barone verkaufen müssen! Aber was wird, wenn die Rechnung der Nazi-Barone sich als falsch erweist und sie in der Minderheit bleiben? In diesem

Falle — so bemerkt die schwerindustrielle Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag — wird überlegt werden müssen, ob eine neue Auflösung des Parlaments herbeigeführt wird. In der Tat spielen die gegenwärtigen Machthaber mit einem derartigen Gedanken.

Nach der Reichsverfassung kann das Parlament nur einmal aus dem gleichen Grund aufgelöst werden. Man hat deshalb, um gegen ein Mißtrauensvotum des neuen Reichstags von vornherein gewappnet zu sein, den verflochtenen Reichstag mit der Begründung auflösen lassen, daß er dem Volkswillen nicht mehr entspricht. Damit haben sich die Nazi-Barone für den Fall, daß ihnen das Mißtrauen in dem neuen Parlament ausgesprochen wird, die Hintertür für eine nochmalige Auflösung offengehalten. Ob der Reichspräsident dieses Spiel mitmachen wird?

Der Anstoß zur Krise

Siedlungspolitik oder Junkerunterstützungen

2r. Wer es nicht seit vielen Monaten, ja nicht seit mehreren Jahren wußte, hat es in den letzten Tagen zur Genüge erfahren: Die politischen Entscheidungen, die der Reichspräsident zu fällen hatte oder zu fällen für gut befand; standen und stehen jederzeit im Zeichen einer durchaus entschlossenen Politik der Interessenwahrung zugunsten des ostelbischen Junkertums. Es war darum mehr als ein Zufall und mehr als nur ein verhältnismäßig unwichtiger Anlaß, daß der Sturz der Regierung Brüning im unmittelbaren Zusammenhang mit ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Reichspräsidenten über den Komplex Siedlungspolitik — Osthilfe erfolgte. Wir dürfen daran erinnern, daß die Formulierungen, mit denen die Abänderungswünsche Hindenburgs in der Presse bekannt wurden, nahezu wörtlich mit den kritischen Äußerungen übereinstimmen, die aus dem Lager des Landbundes und seiner nationalsozialistischen und deutschnationalen Trabanten gegen die Vorlage der Reichsregierung erhoben wurden. Es ist zum Verständnis der Gegensätze weiter notwendig, darauf hinzuweisen, daß in den entscheidenden Punkten der Siedlungspolitik, deren Abänderung der Reichspräsident verlangte, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung beigelegt waren. Sowohl Herr Schiele als auch Herr Schlange-Schöningen machten sich zwar über die Handhabung der Siedlungspolitik andere Vorstellungen als etwa der Reichsarbeitsminister Stegerwald, die von dem Reichspräsidenten vertretenen Forderungen gingen aber weit über das Maß dessen hinaus, das selbst die Vertreter der Landwirtschaft im Kabinett für verantwortbar hielten.

Obwohl man weder dem demissionierten Reichsernährungsminister noch dem zurückgetretenen Osthilfekommissar Landwirtschaftsfeindlichkeit vorwerfen kann und obwohl sie beide tausendfach bewiesen haben, weshalb offenes Herz und — noch mehr! — welche offene Hand sie für die ostdeutschen Agrarier haben, wovon Gopl und die Seinen Herrn von Hindenburg überzeugten, war selbst ihnen zuviel!

Unkämpft war die Siedlungspolitik von Anfang an. Das ist sicher. Es ist notwendig, wieder ins Bewußtsein zurückzurufen, daß sie geplant war, um von dieser Seite her eine Entlastung des Arbeitsmarktes vorzunehmen. Das war die Absicht Dr. Brünings und vor allem die Stegerwalds. Hinzu kam eine nationalpolitische Überlegung: Diese

Dr. Brünings Gegenstoß

Eine Kollektivklärung der Minister der Brüning-Regierung

Der Reichszankler und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Wahrheit zu verdunkeln und die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrüttete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitpanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die Zusammensetzung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln.

Anderer Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Resten gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stills gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte Sanierung von Banken, Industriebetrieben, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden. In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930—32 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Mark gedrosselt.

Das sind nicht „schwache Ansätze“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen sichtbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Ver-

handlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen in großem Ausmaß erreicht worden.

Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volksteilen Hoffnungen auf Lebenserhalt auf eigener Scholle zu eröffnen.

Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblicke jäh unterbrochen. Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Deffentlichkeit vorgestellt.

Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zersetzenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgebracht. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte, geistige Überwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkstörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit polizeilichen Mitteln allein ist keine christliche Volkscultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichstster Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfallung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.“

Der Reichsarbeitsminister

SPD Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichszanklers den Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Siedlungspolitik sollte im Osten Deutschlands vorgenommen werden. Man wollte auf diese Weise der drohenden Entvölkerung einzelner Landstriche entgegenarbeiten, die hervorgerufen wurde durch die Mißwirtschaft der für die Leitung landwirtschaftlicher Großbetriebe unfähigen Junker.

Der Gedanke lag nahe, insbesondere solche Güter aufzukaufen, die von den an sich sehr milde urteilenden „Landstellen“ der Osthilfeaktion als nicht mehr sanierungsfähig bezeichnet worden waren, weil deren Uebererschuldung und Mißwirtschaft einen überdurchschnittlichen Umfang angenommen hatte. Insgesamt kommt hier eine Bodenfläche von 2,3 Millionen Morgen in Betracht. Man wollte diese Güter nun zur Zwangsversteigerung bringen lassen und dann zu einem Preise aufkaufen, der dem ungefähren Marktwerte entsprachen hätte. Bedenken gegen diese Absicht hätten mit Recht nur von Seiten derer erhoben werden können, die befürchteten, daß auf diese Weise auch für Siedlungszwecke ungeeigneter Boden aufgekauft würde. Doch es trat, wie fast immer bei der Behandlung agrarischer Fragen, gerade das ein, was vernünftigerweise